

Policy zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschen- feindlichkeit

Das Erstarren rechter und rechtsextremer Parteien in vielen Ländern Europas, der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag und in alle Länderparlamente, zunehmende rechte und rechtsextreme Gewalttaten und Übergriffe, die Anbiederung diverser Politiker*innen der etablierten Parteien an rechte Positionen, die strukturelle Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund, z.B. auf dem Arbeitsmarkt, offen zur Schau getragene fremdenfeindliche, antisemitische und islamophobe Einstellungen in der Politik, in den Medien und auch in unseren eigenen beruflichen und persönlichen Umfeldern – all dies sind Entwicklungen, die uns als friedensbewegte Menschen und als Aktive im Bund für Soziale Verteidigung beschäftigen. Sie machen uns Sorgen, vielfach auch Angst, sie machen uns gleichzeitig wütend und wecken bei uns den Impuls: Wir müssen dem entgegenreten! Rassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit¹ dürfen keinen Platz haben in unserer Gesellschaft. Im Kampf dagegen sind alle demokratischen Kräfte gefordert. Wir als Friedensorganisation haben dabei eine besondere Aufgabe und auch besondere Kompetenzen. In diesem Papier wollen wir uns mit unserem eigenen Verständnis der Phänomene Rassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen. Wir wollen aufzeigen, inwieweit sie uns als Friedensorganisation ganz besonders angehen und wie wir mit den Herausforderungen, die die oben genannten Entwicklungen für unsere Arbeit haben, umgehen.

Warum wir diese Policy erstellen

Wir haben festgestellt, dass das Thema „Umgang mit Rechts“ nicht nur uns, sondern viele Gruppen der Friedensbewegung beschäftigt. Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind Ausprägungen struktureller Gewalt und nicht vereinbar mit dem friedfertigen Zusammenleben aller Menschen. Ihre Überwindung und der Umgang mit

¹ Es gibt unterschiedliche Verständnisse dieser Begriffe. Für die Definition von **Rassismus** orientieren wir uns an der Definition der Amadeu Antonio Stiftung. Danach ist Rassismus eine „Ideologie der Unterdrückung. [...] Er fußt auf einer »Rangordnung« von Menschen, die von biologischen und/oder von Kulturalisierung informierten »Kriterien« unterlegt ist. Rassistische Argumentationen dienen dazu, Machtverhältnisse zu legitimieren. Sie sichern Privilegien der Weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft. [Rassismus] wirkt strukturell, institutionell und alltäglich [und] verhindert die gleichberechtigte Partizipation von People of Color.“ (Amadeu Antonio Stiftung (Hg): Antisemitismus- und rassistuskritische Jugendarbeit. Ein Glossar, S. 8).

Rechtsextremismus wird definiert als Weltbild, das gekennzeichnet ist „durch Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, völkische Ideologie, Antisemitismus, Geschichtsklitterung, einhergehend mit der Verherrlichung des NS-Regimes und Relativierung bis zur Leugnung des Holocausts, Diffamierung und Ablehnung des demokratischen Rechtsstaats und seiner Institutionen“ (Nandlinger für bpb.de (2008): „Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus...?“).

Der Begriff „**gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**“ bezeichnet „abwertende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe“ (Küpper/Zick für bpb.de (2015): „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“). Dazu können z.B. Geflüchtete, Sinti und Roma, Muslime, aber auch Menschen mit Behinderung oder homosexuelle Menschen gehören.

entsprechenden Einstellungen und Verhaltensweisen ist entsprechend auch für uns und allgemein die Friedensbewegung Herausforderung und Aufgabe.

Wir verstehen es als eines unserer impliziten Ziele, Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten – hier in Deutschland genauso wie im internationalen Kontext. Dazu bedarf es sowohl klarer Regeln für unser eigenes Auftreten in der Öffentlichkeit und für unsere interne Vereinsarbeit, als auch eines Nachdenkens darüber, wie wir diejenigen erreichen, die Argumente und Positionen aus dem rechtsextremistischen Bereich übernehmen, aber kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben.

Welche Prinzipien wir zu Grunde legen

Grundlegendes Prinzip der Zivilen Konfliktbearbeitung ist die Offenheit für den Dialog mit Menschen, die die eigenen Grundsätze nicht teilen. Wir legen für Dialoge in der eigenen Gesellschaft die gleichen Kriterien an wie für Dialoge in Konfliktregionen. Dieser Dialog kann allerdings auch seine Grenzen finden.

Als Organisation, die für Frieden und Gewaltfreiheit eintritt, bieten wir keinen Raum für Hass, Gewalt oder Ausgrenzung. Das Vertreten rassistischer, rechtsextremer und menschenfeindlicher Positionen ist mit unserem Leitbild (<https://www.soziale-verteidigung.de/ueber-uns/leitbild/>) nicht vereinbar und kann auch zur Nichtaufnahme bzw. zum Ausschluss eines Mitglieds führen.

Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der vielfältige Identitäten und Lebensweisen gleichberechtigt nebeneinander stehen. Wir beziehen uns dabei auf die Grund- und Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz und dem Völkerrecht, insbesondere in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, festgeschrieben sind. Aufrufe zu Hass, Gewalt oder Ausgrenzung und diskriminierende oder herabwürdigende Aussagen lassen wir nicht unwidersprochen stehen – egal, wo wir auf sie stoßen.

Da Menschen prinzipiell in der Lage sind, ihre Einstellung und ihr Verhalten zu reflektieren und entsprechend zu verändern, diskutieren wir z.B. auf unseren Veranstaltungen und bei unserer parlamentarischen Lobby- und Advocacyarbeit auch mit Menschen, die unsere politischen Grundsätze nicht teilen. Wir bieten allerdings niemandem eine Bühne für Aufrufe zu Hass, Gewalt oder Ausgrenzung bzw. für Diffamierungen und herabwürdigende Behauptungen über Individuen oder Gruppen von Menschen.

Was das für unsere konkrete Arbeit bedeutet

Wir laden zu öffentlichen Veranstaltungen keine Personen ein, von denen zu erwarten ist, dass sie unsere Veranstaltung für Aufrufe zu Hass, Gewalt oder Ausgrenzung oder diskriminierende oder herabwürdigende Aussagen missbrauchen.

In unserer eigenen Arbeit und dort, wo wir öffentliche Veranstaltungen durchführen, achten wir durch eine qualifizierte Moderation darauf, dass weder persönliche Angriffe oder Herabwürdigungen, noch Drohungen mit Gewalt zugelassen werden. Äußerungen, die gesellschaftliche Gruppen pauschal herabwürdigen oder diffamieren, haben in unseren Veranstaltungen und Publikationen keinen Platz.

Wir engagieren uns aktiv gegen Hass und Ausgrenzung und führen entsprechende Projekte durch, z.B. das Projekt „LOVE-Storm – Gemeinsam gegen Hass im Netz“.

Wir verweisen in unseren Bildungsmaterialien auf die unteilbaren Menschenrechte als Basis gesellschaftlicher Teilhabe und verwenden einen Begriff von Frieden als Prozess, in dem sich die Ziele an der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und an den Menschenrechten orientieren. Kulturelle Vielfalt verstehen wir als wichtiges Merkmal einer friedlichen Gesellschaft.

Was das bedeutet, wenn jemand den BSV auf Veranstaltungen anderer Organisationen vertritt

Bei Einladungen zu Podiumsdiskussionen, Tagungen und Konferenzen, bei denen zu befürchten ist, dass von anderen Referent*innen zu Hass, Gewalt oder Ausgrenzung aufgerufen wird, prüfen wir, ob unser*e Vertreter*in eine Chance hat, mit unseren Positionen das Publikum zu erreichen. Im Zweifelsfall prüfen wir nicht nur das Programm, sondern stellen konkrete Rückfragen zu Moderation und Konzeption der Veranstaltung. Mit rechten Ideologieproduzent*innen (z.B. der Identitären Bewegung) bzw. Agitator*innen sitzen wir nicht gemeinsam auf dem Podium. Wenn wir zu dem Schluss kommen, dass ein*e BSV-Vertreter*in nur als demokratisches Feigenblatt eingeladen worden ist, aber keine reelle Chance hat, unsere Positionen zu Gehör zu bringen, lehnen wir die Teilnahme ab.

Was das für Interviews und Artikel in fremden Publikationen bedeutet

Wir prüfen bei uns unbekanntem Medien oder Journalist*innen vor einer Zusage für einen Beitrag immer, welche Grundpositionen sie vertreten. Bei Medien, in denen regelmäßig Aufrufe zu Diskriminierung oder Gewalt bzw. Diffamierungen und nicht belegbare herabwürdigende Behauptungen über Individuen oder Gruppen von Menschen erscheinen, prüfen wir sorgfältig, ob eine realistische Möglichkeit besteht, die Adressat*innen des betreffenden Mediums zu erreichen und ihnen unsere Position näher zu bringen. Wenn nicht, lehnen wir die Anfrage ab.

Was das für Bündnisaufrufe und gemeinsame Aktionen mit anderen Gruppen bedeutet

Wir prüfen vor dem Unterschreiben von Bündnisaufrufen und vor gemeinsamen Aktionen, ob prominente Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen beteiligt sind, die in der näheren Vergangenheit durch Aufrufe zu Hass, Gewalt oder Ausgrenzung aufgefallen sind oder die aktuell mit Organisationen, die zu Hass, Gewalt oder Ausgrenzung aufrufen, so eng zusammenarbeiten, dass wir davon ausgehen müssen, dass sie deren Positionen teilen oder zumindest hinnehmen.

Sobald wir zu dem Schluss kommen, dass entsprechende Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen eine mehr als marginale Rolle in dem Bündnis bzw. der gemeinsamen Aktion spielen, lehnen wir die Unterschrift bzw. die Beteiligung ab.

Wenn wir bei Bündnisaufrufen oder gemeinsamen Aktionen feststellen, dass derartige Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen nachträglich versuchen, sich an das Bündnis oder die konkrete Aktion anzuhängen, thematisieren wir dies im Bündnis und stellen – ggf. auch öffentlich – klar, dass im Bündnis bzw. in der Aktion kein Raum für Aufrufe zu Hass, Gewalt oder Ausgrenzung ist und nutzen alle argumentativen und gewaltfreien Möglichkeiten, um eine Vereinnahmung zu verhindern.

Auf Demonstrationen verlangen wir von uns als Teilnehmenden sowie von den Ordner*innen, auf Plakate mit entsprechenden Parolen zu achten und fordern die kritisierten Akteur*innen zum Verlassen der Demonstration auf.

Schlussbemerkung

Dieses Papier ist im Herbst 2018 gemeinschaftlich in Vorstand und Geschäftsstelle des BSV erarbeitet worden. Es soll uns gleichzeitig Erinnerung wie Mahnung sein, uns gerade als Friedensorganisation klar und konsequent gegen Rechts zu positionieren. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen, die von Rassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind und mit allen, die sich friedlich dagegen engagieren. Wir sind uns sicher, dass die vielen Menschen, die uns seit Jahren und Jahrzehnten in unserer Arbeit für Frieden und Gewaltfreiheit begleiten, uns auch in dieser Position unterstützen.